

2023/0485/100-01

öffentlich

Antrag

100 - Hauptabteilung

Bericht erstattet: Fraktion Die Linke und Fraktion Bündnis

90/Die Grünen



Gemeinsamer Antrag der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Resolution: Keine Zustimmung zu einer Fiege-Ansiedlung, solange Verkehrsanbindung und Grundwasserschutz nicht hinreichend geklärt sind!

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	23.11.2023	Ö

Anlage/n

- 1 Resolution Stadtrat Ansiedlung der Fa. Fiege finale Fassung (öffentlich)

RESOLUTION

Keine Zustimmung zu einer Fiege-Ansiedlung, solange Verkehrsanbindung und Grundwasserschutz nicht hinreichend geklärt sind!

Der Stadtrat der Kreis- und Universitätsstadt Homburg spricht sich grundsätzlich gegen die Ansiedlung des Logistikunternehmens Fiege Logistik Holding Stiftung & Co. KG aus, solange kritische und offene Punkte nicht hinreichend geklärt sind, und beschließt:

Die Diskussion rund um das Ansiedlungsvorhaben war - vom Grundstücksverkauf bis hin zur geplanten Umsetzung sowohl im Stadtrat Homburg als auch im Landtag des Saarlandes sowie im Rahmen verschiedener Veranstaltungen einer neu gegründeten Bürgerinitiative - geprägt von Bedenken hinsichtlich der sich dann zuspitzenden verkehrlichen Situation vor Ort am Zunderbaum, der Umweltbelastung durch die Zunahme des LKW-Verkehrs, des nicht ausreichenden Grundwasserschutzes sowie der Sorge um die Qualität der überwiegend wohl niedriglohnbasierten Arbeitsplätze. Die Ansiedlung des Logistikunternehmens ist nach wie vor hoch umstritten.

Der aktuelle Planungsstand wurde kürzlich von Fiege auf einer Bürgerinformationsveranstaltung vorgestellt und die Fertigstellung des Bauantrags mit Erschließungsangebot in den nächsten Wochen angekündigt. Viele Fragen sind jedoch weiterhin offen und ungeklärt, u. a. betreffend:

Verkehrliche Anbindung mit zunehmender Verkehrsbelastung

Das vorgestellte Verkehrsgutachten weist kaum Unterschiede zum früheren Gutachten auf. Die Prognose von 626 Kfz-Fahrten pro Tag am Fiege-Logistikzentrum erscheint wenig realistisch. Hinzu kommt der Umstand, dass für das neue Gutachten lediglich an einem Wochentag im Sommer der Verkehr untersucht wurde. Des Weiteren hat die Fa. Fiege angegeben, die verbleibenden Flächen ggf. zu vermarkten, was mit Sicherheit eine weitere Verkehrsbelastung für die B 423 zur Folge hat. Offenbar sind diese Verkehrsflüsse nicht eingerechnet. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass eine Wasserstofftankstelle auf dem Grundstück errichtet wird, was alle Verkehrsgutachten auf den Kopf stellen dürfte. Am Ende favorisiert die Fa. Fiege zudem nach wie vor eine Ampelregelung, die weder die Stadtspitze noch die meisten Fraktionen im Rat bisher befürwortet haben, da sie den Verkehr eher behindert statt entlastet, insbesondere wegen der fehlenden Lösung des Dauerproblems „Notzufahrt“ über die Gemarkung der Gemeinde Kirkel.

Lückenhafte Daten zum Grundwassergutachten

Im Gutachten wurde nun das Wasser auch als oberflächennahes Grundwasser bezeichnet, welches jedoch den gleichen Schutz wie tieferes Grundwasser genießt. Die Aussagen der Gutachter werfen jedoch weitere Fragen auf und basieren offenbar auf wenigen Messungen und vielen Annahmen. Fließrichtungen und Zusammenhänge der einzelnen Grundwasserstockwerke wurden nicht untersucht. Dass das Grundwasser nur so hoch anstehen würde, weil der Baumbewuchs fehle, wird von Expertenseite stark bezweifelt. Beim Umlegen der Hochdruckgasleitung im Sommer 2018 stand der Wald noch auf dem Areal und die Baugruben waren sehr schnell mit Grundwasser geflutet. Darüber hinaus wurde die Prüfung der Versickerungsfähigkeit des Bodens von der Fa. Fiege nicht beauftragt und entsprechend der Aussage des Gutachters auch nicht untersucht.

Im Zuge dessen ergeben sich derzeit Vorzeichen einer möglichen Klage mit einem damit verbundenen Baustopp. Ebenso haben Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Fraktionen im Stadtrat im Rahmen einer Veranstaltung der BI große Bedenken mit dem Tenor geäußert, dass die Notwendigkeit für ein Logistikunternehmen mit diesen Auswirkungen in Homburg nicht gegeben ist und andere Lösungen mit Blick auf innovative Ansiedlungen ins Auge gefasst werden sollten.

Vor diesem Hintergrund wird der Stadtrat alle in seinem Einflussbereich liegenden Möglichkeiten mit Blick auf die umstrittene Ansiedlung der Firma Fiege ausschöpfen, um damit die Interessen der Homburger Bürgerinnen und Bürger über die eines Unternehmens zu stellen!